

Jugend-Angeboten droht Schrumpfung

Kürzungen bei Jugendberufshilfe, Suchthilfe und Familienbildung geplant – Debatte im Jugendhilfeausschuss

Gießen (kw). Das Angebot der Jugendhilfe wird in Gießen in den nächsten Jahren wahrscheinlich schrumpfen. Deutliche Kürzungen sind geplant für die Jugendberufshilfe, die Suchthilfe und für die Evangelische Familien-Bildungsstätte. Über diese Sparpläne hat der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am Donnerstagabend ausführlich diskutiert. Das Gremium appellierte an die Stadtverordneten, mehr Geld für diesen Bereich auszugeben, um die Qualitätsminderung doch noch zu verhindern.

Zwei Jahre lang haben die Jugendämter in Stadt und Kreis ihre Verträge mit den Anbietern überprüft. Ziel war ursprünglich nicht nur das Sparen, aber dies rückte im Zuge der Schutzschirm-Debatte zunehmend in den Vordergrund. Ergebnis war ein Vorschlag der Verwaltung, den der Fachausschuss Jugendhilfeplanung übernommen und jetzt dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt hat.

Mehrausgaben für Kinderschutz

Demzufolge erhalten das Suchthilfezentrum ab 2015 und die Familien-Bildungsstätte ab 2016 jeweils 30 000 Euro weniger von der Stadt. Beide erfüllten nicht nur Aufgaben der Jugendhilfe, so die Begründung. Die Jugendwerkstatt muss ein Minus von knapp 30 000 Euro für ihr Mädchenangebot und von 52 000 Euro für ihre Arbeit an der Albert-Schweitzer-Schule verkraften. Der Aliceschule-Förderverein soll 20 000 Euro weniger erhalten. Die Zuschüsse an die meisten Träger werden weitgehend »gedeckt«, für Kostensteigerungen gibt es – wie bisher – jährlich 0,6 Prozent mehr.

Nötig seien diese Einsparungen vor allem infolge neuer Mehrausgaben. Allein 55 000 Euro kosteten die Folgen des Bundeskinderschutzgesetzes. Nachdem Erzieherinnen in Sachen Kindeswohlgefährdung geschult wurden, wachse der Bedarf an Beratung durch Fachkräfte sprunghaft, erläuterte Jugendhilfeplanerin Birgit Schlathöler.

Kann und will das Jugendamt-Parlament Kürzungspläne absegnen, die die meisten Fachleute dort eigentlich ablehnen? Diese Grundsatzfrage bewegte vor allem die Vertreter freier Träger. Sie tue sich schwer, »über den eigenen Untergang abzustimmen«, sagte Astrid Dietmann-Quurck, Geschäftsführerin der Aktion Perspektiven, in einer persönlichen Erklärung. Sie legte einen eigenen Antrag vor, in dem sie Zusatz-Mittel für die Jugendhilfe und die Anpassung der Zuschüsse an Tarifierhöhungen forderte.

Man befinde sich »am Scheideweg«, der »soziale Friede« auch unter den Anbietern sei gefährdet, ergänzte Caritasdirektor Joachim Tschakert. Die Verbände zahlten ihren Mitarbeitern stetig mehr Gehalt. Wenn die Zuschüsse gleich blieben, müssten sie ihr Angebot Schritt für Schritt vermindern. Das werde in der Vorlage verschleiert.

»Wir wollen nicht so tun, als ob dauerhaft die gesamte Leistung weiter erbracht werden kann«, entgegnete Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich (Grüne). Eine Präambel wurde eingefügt. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass das Angebot unter diesen Voraussetzungen nicht gehalten werden könne.

Die Kürzungen bei der Schulsozialarbeit könnten möglicherweise vom Schulverwaltungsamt ausgeglichen werden, so die Hoffnung des Fachausschusses Jugendhilfepla-

nung. Dort allerdings »liegt nicht einfach Geld, das wir jetzt dafür nehmen könnten«, machte die zuständige Stadträtin Astrid Eibelshäuser (SPD) deutlich. »Wir müssen eventuell umstrukturieren.«

Christiane Hegemann, Leiterin der Evangelischen Familien-Bildungsstätte, sagte, die vorgesehene Kürzung würde ihre Einrichtung »sehr hart« treffen. Längst stehe nicht mehr »mittelschichtorientierte«, sondern vielmehr »sozialräumliche« Arbeit im Mittelpunkt, etwa in Kindertagesstätten.

Mädchen protestieren

Vor dem Sitzungsort Wilhelm-Liebknicht-Haus protestierten Teilnehmerinnen des Jugendwerkstatt-Mädchenangebots. Sie hatten mobil gemacht, weil zunächst eine komplette Streichung des 130 000-Euro-Projekts geplant war; die nun vorgesehene Kürzung der Stadt-Zuschüsse um ein Fünftel gefährde die Existenz nicht, hieß es.

Der Ausschussvorsitzende Klaus-Dieter Grothe (Grüne) meinte, immerhin werde nicht »mit dem Rasenmäher« gekürzt, sondern die Experten könnten mitgestalten. Andere erinnerten an die Zeit vor 2006, als die meisten freien Träger keine Verträge hatten und jährlich um ihre Existenz bangen mussten. Dr. Klaus Dieter Greilich (FDP) erneuerte seine Forderung, die Stadt solle ihr Jugendamt an den Landkreis abgeben.

Astrid Dietmann-Quurck zog ihren Antrag schließlich zurück, nachdem die Präambel in die Vorlage des Fachausschusses eingefügt worden war. Die wurde mit zehn Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.